

Frankreich und die USA im Dialog über Détente und Ostpolitik 1969-1970

Gottfried Niedhart

I.

Die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren in vielerlei Hinsicht eine Zeit des Wandels, der in Einzelfällen mit erheblichen Erschütterungen einherging¹. In den westlichen Gesellschaften, aber nicht nur hier, bahnte sich eine politisch-gesellschaftliche Umbruch- und Aufbruchstimmung ihren Weg, die sich chiffreartig mit dem Jahr 1968 verbindet². Die Mai-Unruhen dieses Jahres in Frankreich etwa sind ein Beispiel für die Konfliktlagen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, denen nur durch Reformen begegnet werden konnte. Neue Justierungen waren auch in der internationalen Politik unübersehbar³. Wiederum spielte Frankreich eine prominente Rolle, einmal als Pionier, der mit Charles de Gaulles Détente-Konzept die Teilung Europas überwinden wollte; zum anderen als Hemmschuh, als sich der französische Staatspräsident einer Erweiterung des Europas der Sechs durch Großbritannien entgegenstemmte⁴. Die Ära de Gaulle endete in beiden Fällen in einer Sackgasse. Der Einmarsch der sowjetisch geführten Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei im August 1968 bedeutete das vorläufige Ende von de Gaulles Osteuropapolitik. Sein Nachfolger Georges Pompidou war zu einer Anpassung an die Realitäten der Machtpolitik gezwungen und konzidierte den Unterschied zwischen „Mächten“ und „Supermächten“⁵. Auch dem Trend zur Erweiterung der EWG wollte er sich nicht entziehen⁶.

¹ Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines von der Thyssen-Stiftung finanzierten und vom Autor zusammen mit Dr. Oliver Bange an der Universität Mannheim betriebenen Forschungsprojekts über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in den Ost-West-Beziehungen 1968-1972 entstanden.

² Vgl. dazu Carole FINK, Philipp GASSERT, Detlef JUNKER (Hg.), 1968: A World Transformed, Cambridge 1998; Arthur MARWICK, The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c.1958-c.1974, Oxford 1998; Axel SCHILDT, Detlef SIEGFRIED, Karl Christian LAMMERS (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

³ Der interessanten Frage, wie innerstaatliche Konfliktlagen und internationales Krisenmanagement zusammenhängen, wird – allerdings nicht ganz zufrieden stellend – nachgegangen bei Jeremi SURI, Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente, Cambridge, Mass. 2003.

⁴ Vgl. dazu Maurice VAISSE, La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958-1969, Paris 1998.

⁵ So im Gespräch mit Henry Kissinger, dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, am 21.2.1970 in Paris. National Archives and Records Administration, College Park, Maryland (NARA), Nixon Presidential Materials (Nixon), National Security Council (NSC), VIP Visits (VIP) 916.

⁶ Eine vorläufige Bilanz der Europapolitik findet sich in Association Georges Pompidou (Hg.), Georges Pompidou et l'Europe, Bruxelles 1995. Vgl. auch Marie-Thérèse BITSCH (Hg.), Le couple France-Allemagne et les institutions européennes, Bruxelles 2001.

Wie sich nach dem Schock des August 1968 rasch zeigte, ging die durchaus in der Tradition westlicher Osteuropapolitik stehende Hinnahme der hegemonialen Rolle der Sowjetunion in ihrem Machtbereich mit dem Bestreben einher, zu einem Abbau von Spannungen im Ost-West-Konflikt zu kommen. Damit wurde ein Prozess eingeleitet, der die Strukturen des Kalten Kriegs⁷ aufweichte und die kooperativen Elemente in dem Antagonismus verstärkte, der nach wie vor die Ost-West-Beziehungen prägen sollte. Dieser Prozess verlief nicht linear, veränderte aber die internationalen Beziehungen auf nachhaltige Weise. Für Frankreich hatte die nun einsetzende Phase, auch wenn für sie der französische *Détente*-Begriff international gebräuchlich wurde, allerdings einen Schönheitsfehler. Er bestand darin, dass Frankreich dabei nicht die Führungsrolle spielte, die de Gaulle ihm zugedacht hatte. Die „Ära der Verhandlungen“, wie es der seit Anfang 1969 amtierende amerikanische Präsident Richard Nixon nannte, stand im Zeichen der Supermächte und ließ das Gespenst eines amerikanisch-sowjetischen Kondominiums in der Weltpolitik Gestalt annehmen. Was hinzu kam: In Europa lief die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer ‚neuen‘ Ostpolitik Frankreich den Rang ab. Als sich bereits im Mai 1970 die Umrisse des im August unterzeichneten deutsch-sowjetischen Vertrags abzeichneten, musste man sich am Quai d’Orsay eingestehen, dass der Handlungsspielraum der Bundesrepublik erheblich zugenommen hatte, während Frankreich sich in einer „position d’infériorité“ wieder finde⁸.

In zwei Aufzeichnungen für Außenminister Maurice Schumann hielt der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium fest, dass die zwischen Andrej Gromyko und Egon Bahr in Moskau bisher ausgehandelten Ergebnisse einem „traité de paix en Europe“ gleichkämen. In der Tat wurden in Moskau nicht nur bilaterale Fragen besprochen, sondern auch Belange, die andere Länder, etwa Polen, berührten, ferner Themen, die Deutschland als Ganzes und Berlin betrafen und die an sich ausschließlich in den Kompetenzbereich der Vier Mächte gehörten. Die sich nun anbahnende Lösung europäischer Zuschnitte widerspreche zwar nicht notwendigerweise den nationalen französischen Interessen. Aber man müsse doch zur Kenntnis nehmen, dass sie ohne französische Beteiligung zustande gekommen sei. Obwohl Europa insgesamt berührt war, blieben die Bundesrepublik und die Sowjetunion, „les deux autres grandes puissances du continent“, unter sich.

⁷ Dazu Vojtech MASTNY, Gustav SCHMIDT, *Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946 bis 1956*, München 2003, S. 9 ff.

⁸ Memorandum der Mitteleuropa-Abteilung des französischen Außenministeriums 29.5.1970, nachdem Bahr und Gromyko in ihren Verhandlungen das substanzielle Zwischenergebnis erzielt hatten, das als Bahr-Papier bekannt geworden ist. Insgesamt zeigte man sich in Paris zufrieden, denn der territoriale Status quo (polnische Westgrenze, Teilung Deutschlands) sei bestätigt worden. Eigentlich könne man sich gratulieren. Politisch aber bedeute die deutsch-sowjetische Übereinkunft eine Aufwertung der Bundesrepublik. Frankreich dagegen finde sich „dans une position d’infériorité“ wieder. Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris (AMAE), Série Europe 1944-1970, Sous-Série République Fédérale d’Allemagne (Allemagne) 1540.

Deutlicher konnte das vorherrschende Gefühl über den Einflussverlust Frankreichs, auch wenn er nur relativ war, kaum artikuliert werden. Die Auswirkungen der Entspannung in Europa, zu der die deutsch-sowjetische Übereinkunft einen fundamentalen Beitrag leistete, war aus französischer Sicht überaus ambivalent. Frankreich büßte seinen von ihm beanspruchten privilegierten Status in den Ost-West-Beziehungen ein und befand sich jetzt in Konkurrenz zur Bundesrepublik, die den Status einer „grande puissance du continent“ wieder erlangt hatte und in die große Politik zurückgekehrt war. Ob darüber hinaus auch die deutsche Frage in Bewegung kommen würde, war vorerst nur ein in weiterer Ferne liegendes Problem. Gleichwohl war es eine Perspektive, die nicht verdrängt werden konnte, denn die von der Bundesrepublik ausgesprochene Respektierung des Status quo implizierte keineswegs seine definitive Fixierung. Freilich schien es in diesem Punkt eine mächtige Rückversicherung zu geben, die das französisch-sowjetische Tandem wieder erstehen ließ. Es liege sowohl im französischen als auch im sowjetischen Interesse, ein wachsames Auge auf die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen zu haben⁹.

Wie Détente wurde auch Ostpolitik zu einem international gebräuchlichen Begriff. Détente löste sich aber von seinem französischen Ursprung und bezeichnete nun allgemein alle Formen der west-östlichen Annäherung, während das deutsche Wort Ostpolitik weltweit als Kennwort für den Neuansatz in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa verstanden wurde. Von Paris aus betrachtet handelte es sich nicht nur darum, in den Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Pakts eine Anpassung an das ältere französische Détente-Konzept vorgenommen zu haben, sondern auch darum, neue Wege gehen und eigene Ziele verfolgen zu wollen. Tatsächlich beanspruchte die Bundesrepublik wie Frankreich und andere westliche Länder auch, ostpolitische Entscheidungen selbständig treffen zu können. Die Verbündeten wurden informiert, aber nicht eigentlich konsultiert. Was mit der Sowjetunion verhandelt werden sollte, bedurfte nach Bonner Auffassung keiner Absegnung durch die Drei Mächte. Denn die Bundesregierung gedachte nichts zu tun, was bestehende Verpflichtungen verletzt hätte. Die Ostpolitik sollte in jeder Phase mit der Westpolitik vereinbar bleiben. Aber sie sollte eigenverantwortlich umgesetzt werden.

Die französische Perzeption dieser Politik war eindeutig. Wie selbstverständlich wurde in Paris angenommen, die Ostpolitik bescheide sich keineswegs mit der Bestätigung des Status quo. Vielmehr solle die deutsche Frage neu aufgerollt werden. Die Mitteleuropa-Abteilung des Quai d'Orsay kam wenige Wochen nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition zu der Überzeugung, alle

⁹ Aufzeichnungen von J.D. Jurgensen vom 8.6. und 16.7.1970. AMAE, Allemagne 1541.

entspannungspolitischen Schritte der neuen Bundesregierung dienten vorrangig dem Ziel, den Stillstand in der deutschen Frage zu beenden und die Teilung des Landes zu überwinden¹⁰. In der Umgebung von Präsident Pompidou sah man es nicht anderes. Die westdeutsche Annäherung an die DDR laufe letztlich auf ihre friedliche Übernahme hinaus¹¹. Die Vormachtstellung der Sowjetunion in Osteuropa werde von der Bundesrepublik nur vordergründig bestätigt. Im Elysée verstand man sofort, dass Brandts Ostpolitik eine offensive Seite hatte¹². Der diplomatische Chefberater von Präsident Pompidou vermutete, nichts Geringeres als die Destabilisierung des Ostens stehe auf dem Programm¹³, eine Vermutung, die den Vorstellungen des Bonner Chef-Beraters und -Verhandlers, den Vorstellungen Egon Bahrs, vollkommen entsprach und für Unruhe sorgen musste¹⁴. Denn wohin würde der Wandel führen, der als Resultat der 1969 einsetzenden deutsch-sowjetischen Annäherung möglich schien? Wie fest war die Bundesrepublik im Westen wirklich verankert und welchen Preis war sie vielleicht zu zahlen bereit, um die Sowjetunion zu Zugeständnissen in der deutschen Frage bringen zu können?

Derartige Unsicherheiten und Zweifel kursierten in allen westlichen Hauptstädten¹⁵. Sie sind nicht nur im Kontext der Ostpolitik zu sehen, sondern auch vor dem Hintergrund, dass die Bundesrepublik Ende der 60er Jahre sowohl in der EG als auch in der NATO die Rolle einer Mitführungsmacht übernommen hatte und dem schon von Adenauer verfolgten Ziel der Gleichberechtigung ein Stück näher gekommen war. Schon die Regierung der Großen Koalition ließ ein für die Zeitgenossen bemerkenswertes Maß an Selbstbewusstsein erkennen, das weder Diplomaten¹⁶ noch Wissenschaftlern¹⁷ entging. Dem entsprach die Selbstwahrnehmung der Bundesregierung, die sich in einer „europäischen Schlüsselrolle“ sah¹⁸ und von gestiegener „weltpolitischer Verantwortung“

¹⁰ Memorandum der Mitteleuropa-Abteilung 1.12.1969. AMAE, Allemagne 1546.

¹¹ Aufzeichnung Raimonds, des außenpolitischen Beraters Pompidous, vom 8.12.1969. Archives Nationales, Paris (AN), 5 AG 2/1009.

¹² Näher dazu Gottfried NIEDHART, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967-1974, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002) S. 233 ff.

¹³ Aufzeichnungen von Raimond für Pompidou 8.12.1969 und 25.5.1970. AN, 5 AG 2/1009.

¹⁴ Vgl. dazu Gottfried NIEDHART, Oliver BANGE, Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland und ihre internationalen Rahmenbedingungen 1969-1971, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S.++

¹⁵ Gottfried NIEDHART, Zustimmung und Irritationen: Die Westmächte und die deutsche Ostpolitik 1969/70, in: Ursula LEHMKUHL, Clemens A. WURM, Hubert ZIMMERMANN (Hg.), *Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2003, S. 227 ff.

¹⁶ Der britische Botschafter in Bonn, Jackling, stellte am 9.4.1969 eine Analyse der westdeutschen Außenpolitik unter den Titel „Towards a National Foreign Policy“. National Archives, Public Record Office, Kew (PRO), FCO 33/566.

¹⁷ Siehe etwa Karl KAISER, *German Foreign Policy in Transition. Bonn Between East and West*, London 1968.

¹⁸ Bundeskanzler Kiesinger während einer Klausurtagung der Bundesregierung zur Außenpolitik in Heimerzheim am 2./3.5.1968. Ergebnisprotokoll in: *Akten zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1968*, S. 551, Anm. 27.

sprach¹⁹. Die Bundesrepublik war – nach der Gründungsphase in der Ära Adenauer – in ihre zweite Formationsphase eingetreten. In den Augen von Außenminister Brandt war die Zeit des bloßen „Mitagierens im Rahmen einer westlichen Bündnispolitik“ vorüber: „Es gibt eine deutsche Politik, weil es deutsche Interessen gibt, auch außerhalb der Bündnispolitik und des traditionellen Ost-West-Gegensatzes²⁰.“ Die Wahrnehmung deutscher Interessen sollte im Zuge multilateraler Abstimmung mit den Partnerstaaten erfolgen, aber unter der Voraussetzung, dass man „'gleicher' als zuvor“ sein wollte²¹.

Wie der deutsche Machtzuwachs und das selbstbewusste Auftreten der Bundesregierung auf französischer Seite perzipiert wurden, hat Francois Seydoux deutlicher als jeder andere festgehalten. Er war zweimal Botschafter in Bonn, zuerst von 1958 bis 1962 und danach von 1965 bis 1970. In seinen Erinnerungen beschreibt er die veränderte Tonlage, die er während der zweiten Mission angetroffen hat. Im Anschluss an die Währungskonferenz vom November 1958, als sich Bonn dem Drängen seiner Bündnispartner widersetzte, die DM aufzuwerten, beklagte Seydoux eine „Sprache“ auf deutscher Seite, an die Frankreich aufgrund seiner Stellung als Besatzungsmacht und als einer der für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Staaten „nicht mehr gewöhnt“ war. „Die Germanen drückten ihren Brustkorb wieder heraus“ und schickten sich an, „Frankreichs Platz“ einzunehmen und die „Führung in Westeuropa“ zu übernehmen²². Im britischen Außenministerium wurde diese Sicht geteilt. Der Einfluss der Bundesrepublik in Westeuropa sei im Begriff zu wachsen und die Bundesrepublik werde ihren Spielraum gegenüber Frankreich vergrößern²³.

Zusammenfassend ist für die 60er Jahre festzuhalten, dass die Bundesrepublik neben Frankreich und Großbritannien zur Mitführungsmacht im europäischen Staatensystem wurde. Ihre seit der Adenauer-Ära betriebene Rückkehr in die internationale Politik lässt sich als ein Prozess beschreiben, der von Aufstieg und Statusgewinn geprägt war²⁴. Er beschleunigte sich während der Zeit der Großen Koalition, als an die Stelle des älteren westdeutschen Selbstverständnisses, die Bundesrepublik sei ein Provisorium, die Anerkennung der Bundesrepublik durch sich selbst und die offeneren und bestimmtere Artikulation nationaler Interessen trat. Zu Beginn der sozial-liberalen Koalition kam hinzu, dass dieser Prozess konsequenter als zuvor mit der „neuen“ Ostpolitik gekoppelt war. Die Bundesrepublik passte sich nicht nur dem Wandel

¹⁹ Außenminister Brandt sprach während einer Sitzung des SPD-Parteivorstands am 1./2.11.1968 von der gestiegenen „weltpolitischen Verantwortung“ eines „mittleren westlichen Staats“ wie der Bundesrepublik. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn (AdsD), Protokolle des Parteivorstands.

²⁰ Ibid.

²¹ Willy BRANDT, Erinnerungen, Frankfurt/M. 1989, S. 189.

²² Francois SEYDOUX, Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970, Frankfurt 1978, S. 152.

²³ Memorandum vom 15.5.1969. Documents on British Policy Overseas, Series III (DBPO), Bd. 1, S. 146.

²⁴ Dazu auch Eckart CONZE, Staatsräson und nationale Interessen: Die „Atlantiker-Gaullisten“-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre, in: LEHMKUHL, WURM, ZIMMERMANN (wie Anm. 15) S. 197 ff.

an, der die internationale Politik erfasst hatte, sie war selbst eine Quelle des Wandels in den Ost-West-Beziehungen. Welche Implikationen dies für ihre Stellung im westlichen Bündnis und für die Kohärenz der Allianz haben würde, lautete eine in den westlichen Hauptstädten immer wieder gestellte Frage. Ihr soll im Folgenden am Beispiel des französisch-amerikanischen Dialogs über Détente und Ostpolitik nachgegangen werden.

Eine derartige Fokussierung zieht ihre Berechtigung daraus, dass es in den französisch-amerikanischen Beziehungen mit dem Amtsantritt Nixons Anfang 1969 noch während der auslaufenden Präsidentschaft de Gaulles zu einem gewissen Neuanfang kam, der sich alsbald verstärkte, als Pompidou im Juni 1969 ins Elysée einzog. Wie de Gaulle wehrte sich auch Pompidou gegen eine übertriebene Anlehnung Westeuropas oder einzelner europäischer Staaten an die USA und trat für eine Stärkung Europas ein. Auf keinen Fall aber wollte er die USA aus Europa herausdrängen oder die Beziehungen Frankreichs zu den Vereinigten Staaten vernachlässigen²⁵. Von gemeinsamem Interesse waren Fragen der Weltpolitik (Ost-West-Beziehungen, Nahostkonflikt, Vietnam) und der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen sowie nicht zuletzt die deutsche Frage, d.h. der Gesamtkomplex der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem auf der einen und die Rolle der beiden deutschen Staaten in der Ost-West-Entspannung auf der anderen Seite. War Frankreich bei seinem Insistieren auf seinen Rechten als Siegermacht, die es durch die Ostpolitik tangiert sah, dogmatischer als die USA, so bestand doch vollständige Übereinstimmung zwischen Paris und Washington darin, dass der Westen die Kontrolle über die Ostpolitik nicht verlieren dürfe und jegliches Risiko eines unabhängigeren und möglicherweise nationalistischeren Kurses der Bundesrepublik eingedämmt werden müsse.

II.

Gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft reiste Nixon nach Europa, um mit mehreren NATO-Verbündeten die internationale Lage und die künftige amerikanische Außenpolitik zu diskutieren. Den Abschluss bildete vom 28. Februar bis zum 2. März 1969 Paris, wo es zu vier Unterredungen zwischen den beiden Präsidenten kam. Auf amerikanischer Seite bestand der Wunsch zu einer Verbesserung der Beziehungen mit Frankreich zu kommen, und auch aus der Sicht de Gaulles erschien es vor dem Hintergrund der Vorgänge in der Tschechoslowakei und der internationalen Währungsprobleme opportun, einen

²⁵ Zu den verschiedenen Elementen von Pompidous USA-Politik instruktiv Georges-Henri SOUTOU, *Le Président Pompidou et les relations entre les Etats-Unis et l'Europe*, in: *Journal of European Integration History* 6 (2000), S. 111 ff.

konstruktiven Dialog zu führen²⁶. Allerdings ließ de Gaulle keinerlei Zweifel daran, dass Frankreich im Unterschied zu allen anderen europäischen Staaten, und vor allem zur Bundesrepublik Deutschland, nicht des amerikanischen Protektorats bedürfe, auch wenn es froh sei, Freunde und Alliierte zu haben²⁷. Das Themenspektrum erstreckte sich von den Ost-West-Beziehungen und Sicherheitspolitik über Westeuropa und die deutsche Frage bis hin zur Lage im Nahen Osten, in Vietnam und in China.

De Gaulle und Nixon waren sich darin einig, dass Détente das Gebot der Stunde sei. Der französische Staatspräsident machte längere Ausführungen über die von Frankreich erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zur Sowjetunion, der er ein aufrichtiges Interesse an Entspannung mit dem Westen attestierte. Den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei kommentierte er verständnisvoll und unterstrich, von der Sowjetunion gehe für Westeuropa keinerlei militärische Gefahr aus. Eine Ausnahme stelle vielleicht Berlin dar. Reichlich lapidar meinte er, ein sowjetischer Vorstoß gegen die Stadt liege durchaus im Bereich des Möglichen, aber dies sei keine Angelegenheit von groerer Bedeutung²⁸. Im übrigen sprach sich de Gaulle strikt dagegen aus, dass die am 5. März 1969 anstehende Wahl des Bundespräsidenten in Berlin anberaumt worden war. Dem st nde das Berlin-Statut entgegen. Die Alliierten hielten sich in Berlin als Siegermächte auf, während eine Präsenz der Bundesrepublik in West-Berlin keine Rechtsgrundlage habe. Damit befand sich de Gaulle allerdings in einer Außenseiterposition, denn Washington hieß Berlin als Ort der Wahl gut, und Nixon hatte dies kurz zuvor in Bonn bekrftigt²⁹.

Schon einen Monat später trafen de Gaulle und Nixon am Rande der Beerdigungsfeierlichkeiten für Eisenhower erneut und zugleich ein letztes Mal vor de Gaulles Rücktritt zusammen. Nixon suchte den Rat de Gaulles in der „zentralen Frage“, die „die Formulierung der amerikanischen Politik gewissermaßen dominiere“, in der Frage der Beziehungen zur Sowjetunion. Was sei davon zu halten, dass die Sowjetunion einerseits enorme Rüstungsprogramme verfolge, andererseits aber zu erkennen gebe, sie sei an einem Abbau von Spannungen interessiert. De Gaulles Antwort dürfte Nixon nicht völlig überzeugt haben, denn sie hob die defensive Ausrichtung der

²⁶ De Gaulle zu Nixon 1.3.1969 (Nachmittagsgesprch). NARA, Nixon, NSC, Presidential-HAK Memcons (Pres-HAK) 1023. Vgl. auch Henry KISSINGER, *White House Years*, Boston 1979, S. 107 ff.; Frank COSTIGLIOLA, *France and the United States. The Cold Alliance Since World War II*, New York 1992, S. 161 ff.; VAISSE (wie Anm. 4) S. 407 ff.

²⁷ De Gaulle zu Nixon 1.3.1969 (Vormittagsgesprch). NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK 1023.

²⁸ In der amerikanischen Aufzeichnung der Unterredung am 28.2.1969 wird de Gaulle folgendermaen zitiert: „The Soviets do not want their satellites to leave them. [...] They had occupied Czechoslovakia because they were afraid that the Czechs would leave them and ‚go elsewhere‘. They would not let themselves be weakened in the west but they had given up the idea of conquering the west. They might some day make a move at Berlin but this is a small affair.“ Als Nixon später zustimmte, dass die Sowjetunion keinen militrischen Vorsto zum Rhein plane, warf de Gaulle ein, in Berlin knne dies eventuell anders sein. Ibid.

²⁹ Nixon zu Kiesinger 26.2.1969 in Bonn. AAPD 1969, S. 282 f.

sowjetischen Politik hervor. Die Sowjetunion wolle sich unangreifbar machen und als mit den USA gleichberechtigte Supermacht auftreten können. Sie strebe aber nicht nach „Eroberungen im klassischen Sinn“. De Gaulles dringliche Empfehlung lautete, den direkten persönlichen Kontakt zu suchen³⁰. Aus amerikanischer Sicht erschien ein Gipfeltreffen zu diesem Zeitpunkt noch nicht angebracht. Erst ein Jahr später fand Nixon Gefallen an dieser Idee³¹.

Der amerikanisch-französische Meinungs austausch auf höchster Ebene wurde nach dem Wechsel im Elysée nicht nur reibungslos fortgesetzt. Die Wahl Pompidous zum französischen Staatspräsidenten eröffnete zusätzliche Chancen für eine weitere Annäherung zwischen beiden Ländern. Für Pompidou hatten sich in den Beziehungen zu den USA „die Wogen geglättet“³², und die USA gingen weiterhin auf Frankreich zu. Nach Nixons zweiter Auslandsreise, die ihn nach Asien und abschließend nach Rumänien geführt hatte, übernahm es Sicherheitsberater Kissinger Anfang August 1969, Pompidou in Paris über die Ergebnisse der Reise direkt zu informieren³³. Am Quai d’Orsay herrschte große Zufriedenheit über die Bereitschaft Washingtons, die Alliierten ins Bild zu setzen, „la France en particulier“³⁴. Kissinger hielt sich abermals in der französischen Hauptstadt auf, als er im Februar 1970 mit Unterstützung der französischen Regierung die Geheimverhandlungen mit Nord-Vietnam aufnahm³⁵. Bei dieser Gelegenheit traf er mit Pompidou in dessen Privatwohnung zusammen, um allgemeine Fragen der internationalen Politik und vor allem Pompidous unmittelbar bevorstehenden Besuch in Washington zu diskutieren. Pompidous Wunsch nach einer direkten Telefonverbindung zwischen seinem Amtssitz und dem Weißen Haus traf bei Kissinger auf offene Ohren, verfügte er doch schon über andere *back channels* (u.a. mit dem Kreml und den Kanzleramt in Bonn), um auf direktem Weg an den von ihm als lästig empfundenen Bürokratien der Außenministerien vorbei Informationen austauschen und Entscheidungen vorbereiten zu können³⁶.

Glaubt man Kissingers Memoiren, so bestand wegen der Gemeinsamkeiten im konzeptionellen Bereich zwischen Washington und Paris eine größere Affinität als mit allen anderen europäischen Staaten. Die Betonung von klassischen Kategorien wie nationales Interesse und Mächtegleichgewicht und das Denken in globalen Dimensionen ließen Pompidou zu einem kongenialen Gesprächspartner werden. Im Vergleich dazu war sogar Großbritannien nur

³⁰ Unterredung Nixons mit de Gaulle 31.3.1969 in Washington. NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK 1023.

³¹ Dazu und zu Kissingers Skepsis KISSINGER (wie Anm. 26) S. 552 f.

³² So Pompidou zu Brandt 4.7.1969. AAPD 1969, S. 780.

³³ KISSINGER (wie Anm. 26) S. 389.

³⁴ Aufzeichnung der Amerika-Abteilung vom August 1969 über die Entwicklung der französisch-amerikanischen Beziehungen. AMAE, Série Amérique 1964-70, Sous-Série Etats-Unis 579.

³⁵ KISSINGER (wie Anm. 26) S. 420, 439 f.

³⁶ Undatierte Aufzeichnungen über Kissingers Treffen mit Pompidou am 21.2.1970. NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK 1024 und VIP 916.

noch ein Schatten seiner selbst, von der Bundesrepublik ganz zu schweigen³⁷. Der „neue Geist“ in den beiderseitigen Beziehungen wurde bei Pompidous Aufenthalt in den USA bekräftigt³⁸. Im wesentlichen bestand er in der verbesserten Kommunikation. Einigkeit herrschte darüber, dass die Sowjetunion nicht aufgrund eines Politikwechsels, sondern bestehender Umstände an Entspannung interessiert war. Pompidou bedankte sich für das Verständnis, das Nixon dem französischen Bedürfnis nach Unabhängigkeit in der internationalen Politik entgegenbrachte, und unterstrich, dass das Zeitalter der Bipolarität vergangen sei.

Nixon beeilte sich zu versprechen, dass es kein amerikanisch-sowjetisches Kondominium über den Rest der Welt geben werde³⁹. Bestand die von de Gaulle ausgelöste und von Brandt verstärkte Obsession der Amerikaner darin, es könne der Sowjetunion gelingen, in Abstimmung mit einzelnen westeuropäischen Staaten zu einer selektiven Détente bei gleichzeitig andauernder Konfrontation mit den USA zu kommen, so vertrat es sich nicht mit dem Selbstverständnis der *grande nation*, wenn die Supermächte untereinander Regelungen verabredeten, die die internationale Ordnung insgesamt betrafen. Für Frankreich und die USA existierte ein gemeinsamer historischer Erinnerungsort, der geeignet war Alpträume zu erzeugen: Rapallo. Aus franzosischer Sicht gab es einen zweiten Ort, der bose Erinnerungen weckte, weil er für Frankreich den Status der Zweitrangigkeit symbolisierte: Jalta. Pompidous Begegnung mit Nixon trug dazu bei, franzosische Empfindlichkeiten zu beschwichtigen, auch wenn sie niemals wirklich ausgeräumt werden konnten. Wie andere europäische Regierungen auch mahnte Frankreich einen besseren Konsultationsmechanismus an und wollte durch SALT nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden⁴⁰.

Nicht nur die Bedenken gegen eine amerikanisch-sowjetische Komplizenschaft⁴¹ spielten eine Rolle. Hinzu kam, dass Frankreich nur dann an vorderster Linie im Entspannungsprozess mitspielen konnte, wenn es in die Sowjetunion-Politik sowohl der USA als auch der Bundesrepublik einbezogen war. Der fünftägige Besuch Gromykos in Frankreich Anfang Juni 1970 demonstrierte, wer die Hauptgesprchspartner Moskaus im Sommer 1970 waren⁴². Für die

³⁷ KISSINGER (wie Anm. 26) S. 421.

³⁸ So Nixon zu Pompidou 24.2.1970. NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK 1024. Dass die erste und einzige USA-Reise des franzosischen Staatspräsidenten dennoch fast mit einem Eklat geendet hätte, lag an den öffentlichen Demonstrationen gegen die franzosische Nahostpolitik, die für viele jüdische Organisationen in den USA zu araberfreundlich war. COSTIGLIOLA (wie Anm. 26) S. 166 f.

³⁹ Nixon zu Pompidou 24.2.1970 (wie oben Anm. 38). Insgesamt zu den franzosisch-amerikanischen Gesprächen auf der Basis der Pompidou-Papiere Eric ROUSSEL, Georges Pompidou 1911-1974, Paris 1994, S. 350 ff.

⁴⁰ Der franzosische Botschafter Lucet zu Außenminister Rogers 26.10.1970 in Washington. AMAE, Etats-Unis 580; Generalsekretär Alphand zu Irwin 11.12.1970 in Washington. NARA, Record Group 59: General Records of the Department of State (RG 59), 2271.

⁴¹ Dazu ein Memorandum der Osteuropa-Abteilung im Außenministerium 21.5.1970. AMAE, Série Europe, Sous-Série URSS 2654.

⁴² In einem Bericht der US-Botschaft Paris vom 5.6.1970 wurde der Gromyko-Besuch „An Exercise in Imagery“ genannt. NARA, RG 59/2750.

französischen Gastgeber verlief er enttäuschend, da Gromyko auf Vorschläge zur Behandlung des Nahostkonflikts und des Vietnamkriegs nicht eingehen wollte. Über die eigenen Gespräche mit der sowjetischen Führung berichtete Pompidou Ende Oktober 1970 nach Washington, indem er die pragmatische Grundhaltung der Sowjetunion in der Berlin-Frage und ihr Interesse an einem Erfolg der Ostpolitik hervorhob. Frankreich und die Sowjetunion seien entschlossen, den von de Gaulle gewiesenen Weg mit den Etappen Détente, Entente und Kooperation fortzusetzen⁴³.

Wie aussichtsreich dieser Weg in der nächsten Zukunft erschien, wurde in Washington allerdings wesentlich pessimistischer gesehen. Aus amerikanischer Sicht bestand zu wenig innerwestliche Abstimmung in der Détente-Politik⁴⁴, so dass es der Sowjetunion möglich zu sein schien, die Westeuropäer und insbesondere die Westdeutschen „nett und die Amerikaner hart“ zu behandeln⁴⁵. In der globalen Perspektive Washingtons kumulierten sich im Herbst 1970 die Konflikte mit dem westpolitischen Kontrahenten Sowjetunion. Im Nahen Osten waren die sowjetischen Absichten undurchsichtig, in Vietnam und bei SALT verhielt sich die Sowjetunion aus amerikanischer Sicht alles andere als konstruktiv⁴⁶. Détente weckte Ende 1970 in Washington negative Assoziationen, wie Martin Hillenbrand, der Leiter der Europa-Abteilung im State Department, gegenüber Hervé Alphand, Generalsekretär im französischen Außenministerium, einräumte. Die amerikanische Politik, die sich in ihren Grundzügen seit dem Amtsantritt Nixons nicht geändert habe, bevorzuge Begriffe wie Spannungsabbau oder Konfrontationsvermeidung⁴⁷. Am Quai d'Orsay registrierte man genau den Stillstand in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen⁴⁸. Alphand kritisierte nicht nur die Entspannungsmüdigkeit. Er stimmte auch mit der amerikanischen Politik im Nahen Osten, in Vietnam und in internationalen Finanzfragen nicht überein. Das Resümee seines USA-Besuchs fiel in düsteren Farben aus. Die USA, das „mächtigste Land der Welt“, glichen einem „treibenden Schiff“. Kissinger, der „frühere ‚gaullistische‘ Harvard-Professor“, habe sich mit seinem deutschen Akzent zu einem „supernationaliste américain“ entwickelt⁴⁹.

⁴³ Pompidou an Nixon 29.10.1970. NARA, Nixon, NSC, Presidential Correspondence (PC) 752. Vgl. auch Memorandum Kissingers für Nixon 31.10.1970. Pompidous Brief unterstreiche dessen Wunsch, „to maintain personal touch with you. It also points up the French desire to keep French policy in balance. Recently, the French government has made several statements emphasizing France’s ties with the West.” Ibid.

⁴⁴ Im Verlauf von amerikanischen-britischen Gesprächen in Washington bezeichnete es Kissinger am 18.12.1970 als Aufgabe, „to avoid a differentiated détente in which the Soviets bought themselves time by making a selective relaxation with particular allies.“ NARA, RG 59/2657.

⁴⁵ Kissinger zu Kanzleramtsminister Ehmke am 21.12.1970 in Washington. Aufzeichnung Ehmkes vom 23.12.1970. AdsD, Dep. Ehmke, 1/HEAA000788.

⁴⁶ Zur Kumulation der Konflikte William BUNDY, *A Tangled Web: The Making of Foreign Policy in the Nixon Presidency*, New York 1999, S. 179 ff.

⁴⁷ Hillenbrand zu Alphand 10.12.1970. NARA, RG 59/2263.

⁴⁸ Aufzeichnung der Osteuropa-Abteilung 3.12.1970. AMAE, URSS 2654.

⁴⁹ Hervé ALPHAND, *L'étonnement d'être*. Journal (1939-1973), Paris 1977, S. 542 ff.

III

Bei allen Differenzen über die Einschätzung einzelner Punkte gab es eine fundamentale Interessenidentität aller NATO-Staaten. Keine Regierung stellte in Frage, dass es in den Ost-West-Beziehungen zu einer Détente kommen sollte. Strittig waren allerdings die Wahl der Mittel und der Zeitpunkt einzelner Schritte. Letztlich bestand der innerwestliche Dissens darin, wie ein Wettlauf nach Moskau zu vermeiden war und die Entspannungspolitik koordiniert werden könnte. Nachdem in der Mitte der sechziger Jahre das gaullistische Frankreich mit seinem Insistieren auf einer eigenständigen Sowjetunion-Politik für Unruhe gesorgt hatte, war es in den Jahren 1969/70 vor allem die Bundesrepublik Deutschland, die das Tempo im Entspannungsprozess forcierte und damit keineswegs nur Zustimmung erntete. Einerseits stellte sich die Bundesrepublik nun endlich auf den Boden der Nachkriegsrealitäten, andererseits aber löste sie sich weitgehend aus dem Vormundschaftsverhltnis, das die Westmächte bei der Gründung des westdeutschen Teilstaats eingerichtet hatten. Sie wurden 1969 von der Bundesregierung auf dem Laufenden gehalten, aber in den Grundentscheidungen der Ostpolitik nicht eigentlich konsultiert.

In Bonn war man sich durchaus bewusst, welche Emotionen in Paris durch eine emanzipierte Ostpolitik freigesetzt werden konnten. Kurz nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969 empfahl Bahr, nicht mit Gesten der Beruhigung in Richtung Paris zu sparen. Nach einem Gespräch mit dem französischen Botschafter meinte er, man solle „Paris in einem Augenblick der Unsicherheit, des Abwartens und mancher Sorgen eine engere Zusammenarbeit“ vorschlagen⁵⁰. Brandt solle die Initiative zu einer regelmäßigen persönlichen Korrespondenz mit Pompidou ergreifen⁵¹. Das „Gewicht der Bundesrepublik“, so Bahrs Bestandsaufnahme, sei gestiegen. Es werde „heute in den europäischen Hauptstädten in Ost und West politisch in Bezug auf Bonn gedacht.“ Nicht überall sehe man die „größere Bewegungsfreiheit gegenüber dem Osten“ gern, denn: „Die Deutschen an der kurzen Leine sind angenehm.“ In völliger Übereinstimmung mit Brandt wollte Bahr jegliches Auftrumpfen vermeiden und war um „den Abbau von Misstrauen gegen eine selbständigere Politik“ bemüht. Dazu könnten „gelegentliche Worte der Bescheidenheit“ dienen. Sie w rdten in den „westlichen Hauptstädten wie Balsam wirken“⁵².

Es dauerte eine gewisse Zeit, bis das misstrauische Nachdenken über die Motive und Ziele der Ostpolitik der zunehmenden Einsicht Platz machte, die Bundesrepublik bewege sich auf zuverlässige Weise im westlichen Geleitzug.

⁵⁰ Bahr in einer Aufzeichnung über ein Gespräch mit Seydoux 8.10.1969. AdsD, Dep. Bahr 441.

⁵¹ Vermerk Bahrs für Brandt 13.11.1969. Ibid.

⁵² Memorandum Bahrs 6.11.1969. Ibid. 436.

Die Mischung zwischen prinzipieller Zustimmung zur Ostpolitik und gewissen Einwänden und Vorbehalten dagegen lässt sich besonders gut am Beispiel der französisch-amerikanischen Konsultationen darstellen. Hier wurde manches deutlicher als im direkten Austausch mit der Bundesrepublik gesagt, manches vielleicht auch überpointiert. Frankreich zeigte sich verstört, weil die Bundesrepublik offensichtlich daranging, die „Relikte der Nachkriegszeit“ zu beseitigen⁵³. Es wollte in allen Fragen der Deutschland- und Ostpolitik gehört werden und seinen Status als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs über die Zeit retten. Am besten schien dies in Abstimmung mit den USA erreichbar zu sein, auch wenn die Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten eine bestimmende Maxime französischer Politik blieb. Die USA wiederum sahen die Bundesrepublik, ihren bisherigen Musterschüler in der westlichen Welt, in Gefahr, die Annäherung an die Sowjetunion zu weit zu treiben und die Westbindung und damit den innerwestlichen Zusammenhalt zu vernachlässigen, so dass Frankreich trotz allen gaullistischen Eigensinns ein Partner war, der die eigenen Sorgen teilte.

Im französischen Außenministerium schwankte die Stimmung zwischen zwei Extremen. Mitte Dezember 1969 äußerte sich der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung generell pessimistisch über die Erfolgsaussichten der Ostpolitik⁵⁴. Im März 1970 dagegen malte Claude Arnaud, der an der Spitze der Europa-Abteilung stand, ein gänzlich anderes Bild. Die Bundesrepublik strebe möglicherweise direkt auf die Anerkennung der DDR zu und wolle damit einen deutschen Weg zur Lösung der nationalen Frage beschreiten, der allem widerspreche, was der Westen seit 1945 im Auge gehabt habe. Sollte die Bundesrepublik im Alleingang die DDR anerkennen, verlöre „der Westen“ jegliche Kontrolle über die Entwicklung in Deutschland. Mit „Westen“ waren die Drei Mächte gemeint. Sie sollten sich zusammenfinden, um die aus der Ostpolitik erwachsenden Probleme zu erörtern. Denn in manchen Punkten wichen aus Arnauts Sicht die westlichen und die deutschen Interessen voneinander ab⁵⁵.

Wenn Arnaud Sonderkonsultationen der Drei Mächte anstrebte und nicht mit den ohnehin laufenden Besprechungen im Rahmen der bereits bestehenden institutionalisierten Konsultationen auf bilateraler (deutsch-französische Regierungsgespräche) und multilateraler Ebene (Bonner Vierergruppe)⁵⁶

⁵³ Bahr in einem Memorandum „Überlegungen zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung“ 18.9.1969. AAPD 1969, S. 1053.

⁵⁴ US-Botschaft Paris 22.12.1969 über Unterredung mit Yves Pagniez am 16.12.1969. NARA, RG 59/2080.

⁵⁵ Arnaud in einem Gespräch am 19.3.1970 mit einem Vertreter der US-Botschaft in Paris, an dem auch die Leiter der Mittel- und der Osteuropa-Abteilung, Pagniez und Andreani, teilnahmen. US-Botschaft Paris an State Department 20.3.1970. NARA, RG 59/2265. Vgl. auch eine Unterredung Andreanis mit US-Botschafter Shriver am 3.3.1970. Aus französischer Sicht erschien die Ostpolitik nicht klar durchdacht. Bonn mache nur Konzessionen. Shriver an State Department 12.3.1970. NARA, RG 59/2320.

⁵⁶ Siehe dazu Andreas WILKENS, *Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969-1974*, München 1990, S. 72 ff.

zufrieden war, so drückte sich darin nach Meinung des amerikanischen Botschafters in Frankreich die Angst vor einem drohenden Statusverlust aus⁵⁷. Verlustängste dieser Art waren in Washington nicht anzutreffen. Hier stand die Befürchtung im Vordergrund, die Bundesrepublik könnte ein Opfer ihrer ostpolitischen Dynamik werden und dabei ihre eigene und darüber hinaus auch die europäische Stabilität gefährden. Während Hillenbrand im Kontakt mit französischen Gesprächspartnern zwar nicht allen Bonner Vorstellungen zur geplanten Vorgehensweise zustimmte, insgesamt aber eher eine gelassene Haltung einnahm⁵⁸, ließ Kissinger einen tiefen Blick in seine Seelenlage zu, als er gegenüber dem französischen Botschafter vom ewigen „deutschen Problem“ sprach. Alle Generationen seien bisher mit einem „deutschen Problem“ konfrontiert gewesen. Es wäre zu schön, wenn die jetzige Generation davon verschont geblieben wäre. In Kissingers Wahrnehmung fand in der Bundesrepublik nicht nur eine notwendige Auseinandersetzung über Fragen der Ostpolitik statt. Vielmehr stellten Brandt und Scheel, da sie nicht den Konsens mit der Opposition suchten, die Stabilität nicht nur der Bundesrepublik, sondern angesichts ihrer zentralen Stellung auch Europas aufs Spiel. Kissinger distanzierte sich nicht vom Moskauer Vertrag, aber es war für ihn auch unangebracht, sich mit einem Vertrag zu identifizieren, den die USA nicht ausgehandelt hätten und der von „unseren Freunden in der CDU“ abgelehnt werde⁵⁹.

So dramatisch solche Töne auch klingen mochten, es blieben doch Untertöne, die den Verlauf der Ostpolitik nicht wirklich beeinträchtigten. Allerdings traten in der zweiten Hälfte des Jahres 1970 Abstimmungsprobleme auf, die dadurch entstanden, dass die Bundesrepublik nicht nur auf der bilateralen Ebene Verträge mit der Sowjetunion und Polen aushandelte, sondern deren Ratifizierung von einer zufrieden stellenden Regelung über Berlin abhängig machte. Über Berlin aber konnten nur die Vier Mächte verhandeln, so dass die Westmächte unter Zugzwang gerieten, wenn die Bundesregierung, was sie tat, auf eine Beschleunigung und Intensivierung der Vier-Mächte-Verhandlungen drängte. Noch mehr als die USA wehrte sich Frankreich dagegen, dass die Bundesrepublik den Kurs vorgeben wollte. Ein bezeichnendes Beispiel dafür war auch Pompidous Reaktion auf Brandts Vorschlag, nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags ein Gipfeltreffen der Westmächte und der Bundesrepublik anzuberaumen, um das „besondere Verhältnis“ zwischen Bonn

⁵⁷ So der Kommentar von Shriver zu den Äußerungen Arnands: „The Embassy has already reported underlying French concern about German Eastern policy. Essentially the French fear that they will be presented with one fait accompli after another and will lose their cherished role in German affairs in the process. This fear obviously outweighs the satisfaction they might be expected to have as Germany adopts the active détente role de Gaulle long urged upon them.” Shriver an State Department 20.3.1970. NARA, RG 59/2265.

⁵⁸ Alphand an französische Botschaft in Bonn 16.7.1970 über Gespräch mit Hillenbrand. AMAE, Allemagne 1541; Lucet an Quai d’Orsay über Gespräch mit Hillenbrand 21.7.1970. Ibid.; Aufzeichnung Hillenbrands 20.8.1970 über Unterredung mit Leprette, Gesandter an der französischen Botschaft in Washington. NARA, RG 59/2304.

⁵⁹ Lucet über ein Gespräch mit Kissinger 7.8.1970. AMAE, Allemagne 1542.

und den westlichen Regierungen unter Beweis zu stellen⁶⁰. Im Unterschied zu Nixon, der sich abwartend verhielt, und Heath, der zustimmte, sprach sich Pompidou entschieden dagegen aus. Er verkündete öffentlich, es gebe „keinen besonderen Grund, sich zu sehen“⁶¹. Wohl zu Recht brachte Kissinger dies damit in Verbindung, dass Pompidou für Oktober selbst eine Moskau-Reise plante und damit wieder etwas aus dem Schatten der Ostpolitik heraustreten wollte, die alles öffentliche Interesse auf sich zog⁶².

Auch die Klagen französischer Diplomaten im State Department wiesen in diese Richtung. Fast zeitgleich mit dem von Pompidou bekundeten Desinteresse an der Abhaltung eines westlichen Gipfels äußerte eine Botschaftsrätin ihr Unbehagen am Tempo, durch das sich die deutsch-sowjetischen Verhandlungen ausgezeichnet hätten. Auch lasse die Konsultationsbereitschaft der Deutschen zu wünschen übrig. Die von der Bundesregierung vorgenommene Koppelung von Ostverträgen und Berlin-Verhandlungen setze die Westmächte unter ungebührlichen Druck. Von amerikanischer Seite wurde versucht, die französischen Besorgnisse zu relativieren. Dass die Bundesregierung selbstbewusster auftrete und eigenständiger handle, gehöre zu den neuen Realitäten, die man in Rechnung zu stellen habe. Im übrigen erinnere dies an den politischen Stil, den das gaullistische Frankreich aus der Taufe gehoben habe⁶³. Auch Kissinger vermied Ende August dramatische Töne. Die potenzielle Gefahr innerwestlicher Spannungen aufgrund unterschiedlicher Détente-Konzeptionen könne nicht geleugnet werden. Zur Zeit sei sie aber nicht gegeben⁶⁴. Auch Pompidou bekundete seine prinzipielle Unterstützung für die Ostpolitik⁶⁵. Die Parallelität von grundsätzlicher Zustimmung zur Ostpolitik und Einwänden im Detail blieb für den Rest des Jahres 1970 erhalten⁶⁶. Die geäußerten Vorbehalte, die auf einer Antizipierung möglicher Gefahren für die Kohärenz der NATO beruhten, standen neben der realistischen Einschätzung, die sowohl in Paris als auch in Washington anzutreffen war, dass die Ostpolitik bisher nicht zu „größeren Komplikationen“ geführt habe⁶⁷.

Für die weitere Entwicklung war es ausschlaggebend, dass die vorgestellten Risikoszenarien an Bedeutung verloren. In den Vordergrund trat vielmehr

⁶⁰ Brandt am 7.8.1970 in gleichlautenden Schreiben an Heath, Nixon und Pompidou. AAPD 1970, S. 1428 f.

⁶¹ Le Monde 13.8.1970. Zit. bei WILKENS (wie Anm. 56) S. 99.

⁶² Memorandum Kissingers für Nixon 29.8.1970: „Pompidou is strongly against a Big Four Summit. He says he does not want to give the impression of a four member directorate for the West; he believes a meeting should have specific objectives; and he does not wish to have it look like the Germans are calling the tune.” NARA, Nixon, NSC, PC 753.

⁶³ Unterredungen der französischen Botschaftsrätin Malitchenko mit Skoug (Deutschland-Referat im State Department) 13.8.1970 und Perry (Sowjetunion-Referat) 20.8.1970. NARA, RG 59/2320 und 2738.

⁶⁴ Leprette über ein Gespräch mit Kissinger 27.8.1970. AMAE, Allemagne 1543.

⁶⁵ Pompidou an Nixon 29.10.1970. NARA, Nixon, NSC, PC 752.

⁶⁶ Genauer dazu NIEDHART (wie Anm. 15) S. 242 ff.

⁶⁷ So ein Memorandum der Mitteleuropa-Abteilung im französischen Außenministerium 4.12.1970. AMAE, Allemagne 1547. Ähnlich Kissinger während einer amerikanisch-britischen Konsultation 17.12.1970. NARA, RG 59/2657.

aufgrund komplementärer Interessenlagen die Verklammerung der deutschen Ost- mit der amerikanischen Détente-Politik. Die USA entwickelten zunehmend ein Interesse an der Realisierung der Ostverträge, die noch ratifiziert werden mussten, und griffen Brandts Wunsch vom Dezember 1970 auf, die Berlin-Verhandlungen zu intensivieren. Ende Januar 1971 erhielt Bahr Besuch von einem persönlichen Abgesandten Kissingers. Dieser überbrachte für „dear Egon“ die Einladung zu einem sofortigen persönlichen Kontakt in den USA, in den auch der amerikanische Botschafter in Bonn einbezogen werden und der der Abstimmung und Organisation für den weiteren Verlauf der Berlin-Verhandlungen auf höchster Geheimhaltungsstufe dienen sollte⁶⁸. Zu diesem Zweck wurde neben dem schon bestehenden ein zusätzlicher *back channel* eingerichtet, über den das Kanzleramt informell, aber in der Sache maßgeblich in den weiteren Verhandlungsprozess einbezogen wurde, obwohl Berlin an sich in die Prämrogative der Vier Mächte fiel. Weder die französische noch die britische Regierung wurden über diesen Schritt informiert, der 1971 zu geheimen amerikanisch-sowjetisch-deutschen Sonderbeziehungen führte und die Berlin-Frage nicht nur den Botschaftertreffen der Vier Mächte überließ⁶⁹.

IV

Aus französischer Sicht erschien jegliche Beteiligung der beiden deutschen Staaten an der Herbeiführung einer Berlin-Regelung von Anfang an mit der Rechtslage nicht vereinbar. Es galt, die originären Vier-Mächte-Rechte in Berlin und in Deutschland insgesamt und damit den Status der Vier Mächte als Siegermächte zu erhalten. Je mehr die französische Détente-Politik stagnierte und hinter die deutsche Ostpolitik zurückzufallen drohte, desto strikter beharrte Paris auf legalistischen Positionen. Konkret hieß dies, dass von bundespolitischen Terminen in Berlin wie Parteitag oder der Wahl des Bundespräsidenten abgeraten wurde⁷⁰. Zu der strikten und restriktiv verstandenen Rechtsauffassung, West-Berlin sei kein ‚Land‘ der Bundesrepublik, kam hinzu, dass Frankreich die Bundesrepublik beschuldigte, mit ihrer offensiven Ostpolitik die sowjetische Interessenlage nicht ausreichend zu berücksichtigen. Frankreich wollte am bestehenden Zustand in und um Berlin festhalten. Verhandlungen über Berlin würden nur der Sowjetunion nützen, warnte Pompidou die Amerikaner⁷¹. Aber es galt auch, dass solche

⁶⁸ Kissinger an Bahr 25.1.1971. NARA, Nixon, NSC, HAK Office Files (HAK) 57. Vgl. auch KISSINGER (wie Anm. 26) S. 807 ff; Egon BAHR, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 354 ff.

⁶⁹ Genauer dazu David C. GEYER, *The Missing Link: Henry Kissinger and the Back-channel Negotiations on Berlin*, in: David C. GEYER, Bernd SCHAEFER (Hg.), *American Détente and German Ostpolitik 1969-1972*, Washington D.C.: Bulletin of the German Historical Institute, Supplement 1, 2004, S. 80 ff. Vgl. auch KISSINGER (wie Anm. 26) S. 802 ff., 823 ff.; BAHR (wie Anm. 68) S. 369 ff.; Valentin FALIN, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 165 ff.

⁷⁰ Siehe z.B. Alphanth zum deutschen Botschafter 22.10.1968. AAPD 1968, S. 1362 f.

⁷¹ Pompidou zu Kissinger 21.2.1970. NARA, Nixon, NSC, VIP 916.

Verhandlungen, sollten sie erfolgreich verlaufen, zu einer Aufwertung der Bundesrepublik und ihrer Präsenz in West-Berlin führen würden. Mit den beharrlich vorgetragenen Bedenken gegen eine pragmatische Berlin-Regelung⁷² isolierte sich Frankreich⁷³, hielt aber im Rahmen seiner – allerdings begrenzten – Möglichkeiten stets an seinem Standpunkt fest.

Wie Frankreich insistierten auch die USA und Großbritannien auf der Wahrung ihrer Rechte. Wenn man sie eng auslegte, war schon die mit den Westmächten nicht abgesprochene Regierungserklärung Brandts vom 28. Oktober 1969 ein Stein des Anstoßes. Zu der dort ausgesprochenen staatlichen Anerkennung der DDR war die Bundesregierung, weil sie Deutschland als Ganzes betraf, streng genommen gar nicht befugt. Prompt wurde das Thema in der Bonner Vierergruppe zur Sprache gebracht⁷⁴. Am Quai d'Orsay bestanden erhebliche Vorbehalte dagegen, dass die Bundesregierung ohne vorherige Konsultation mit den Westmächten Verhandlungen über Grenzfragen beschloss, die in den Gewaltverzichtsverhandlungen mit der Sowjetunion und Polen eine zentrale Rolle spielen würden⁷⁵. Obwohl die Bundesregierung nur das tat, was von ihr in der zurückliegenden Zeit mit zunehmender Dringlichkeit erwartet worden war, nämlich die Anerkennung der Nachkriegsrealitäten, sollte sie doch zuvor mit den Westmächten darüber in Konsultationen eintreten. Genau dies hielt die Bundesregierung für überflüssig. Die Aufnahme von Verhandlungen über einen Gewaltverzicht betrachtete sie, wie Brandt dem amerikanischen Außenminister schon vor der Bundestagswahl erläuterte, als Angelegenheit, die in ihrem eigenen autonomen Entscheidungsbereich liege und über die informiert, aber nicht konsultiert werde⁷⁶.

Das Thema Information und Konsultation beschäftigte Diplomaten und Politiker insbesondere in der Anfangsphase der sozial-liberalen Ostpolitik. Botschafter Seydoux monierte, es habe keine Vorabinformation gegeben, als die Bundesregierung Mitte November 1969 der Sowjetunion die Aufnahme von Gewaltverzichtsverhandlungen vorschlug⁷⁷. Bonn müsse besser und vor allem im voraus informieren, lautete auch die Klage, die Beaumarchais, Politischer

⁷² Zu Pompidous Grundposition seine Aufzeichnung vom 26.3.1970. AN, 5 AG 2/1009. Vgl. auch Georges-Henri SOUTOU, L'attitude de Georges Pompidou face à l'Allemagne, in: Pompidou (wie Anm. 6) S. 277 ff.; Andreas WILKENS, Accords et désaccords. La France, l'Ostpolitik et la question allemande 1969-1974, in: Ulrich PFEIL (Hg.), La République Démocratique Allemande et l'occident, Paris 2000, S. 368 ff.

⁷³ Dies wird deutlich gesehen in einer Aufzeichnung von Raimond 25.5.1970. AN, 5 AG 2/1009.

⁷⁴ Sitzung vom 10.11.1969. AAPD 1969, S. 1251 ff. Vgl. zu diesem Komplex Werner LINK, Deutsche Ostpolitik und die Zuständigkeit der Alliierten, in: Adolf M. BIRKE, Günther HEYDEMANN (Hg.), Großbritannien und Ostdeutschland seit 1918, München 1992, S. 107 ff.; Hannfried von HINDENBURG, Die Einhegung deutscher Macht. Die Funktion der alliierten Vorbehaltsrechte in der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1990, in: Helga HAFTENDORN/Henning RIECKE (Hg.), „...die volle Macht eines souveränen Staates...“ Die alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Politik 1949-1990, Baden-Baden 1996, S. 81 ff.

⁷⁵ Memorandum der Mitteleuropa-Abteilung 1.12.1969. AMAE, Allemagne 1546.

⁷⁶ Lucet an Quai d'Orsay 26.9.1969 über Gespräche im State Department zum Treffen von Rogers mit Brandt in New York 22.9.1969. AMAE, Allemagne 1539.

⁷⁷ Telegramme von Seydoux nach Paris 17.11. und 29.11.1969. AMAE, Allemagne 1539.

Direktor im Außenministerium, gegenüber einem amerikanischen Diplomaten führte⁷⁸. Der Zufall wollte es, dass das erste Treffen zwischen Pompidou als Staatspräsident und Brandt als Bundeskanzler, das im Rahmen der turnusmäßigen deutsch-französischen Konsultationen fällig war, am selben Tag stattfand, als Bahr seine Verhandlungen in Moskau aufnahm. Pompidou konnte gar nicht anders, als Rückendeckung für die Ostpolitik zu geben⁷⁹. Zugleich ließ er aber eine gewisse Nervosität erkennen, wenn er schon zu diesem frühen Zeitpunkt auf detaillierte Informationen drängte⁸⁰. Rund einen Monat später herrschte am Quai d'Orsay immer noch Unzufriedenheit über den „fragmentarischen Charakter“ der Informationen, die das Auswärtige Amt über Bahrs Moskauer Gespräche lieferte⁸¹.

In Washington musste man sich wesentlich geringere Sorgen über das Informationsaufkommen aus Bonn machen, jedenfalls im Weißen Haus, das – im Unterschied zum State Department und zur Bonner US-Botschaft⁸² – in vollem Umfang und vor allen anderen Verbündeten schon vor der Wahl Brandts zum Bundeskanzler in die ostpolitischen Pläne der künftigen sozial-liberalen Regierung eingeweiht wurde⁸³. Kissinger registrierte sehr wohl das in Paris empfundene Informationsdefizit⁸⁴, das Anfang April 1970 auch von Arnaud in einer langen Unterredung mit Hillenbrand in Washington zum Ausdruck gebracht wurde. Die auf eine französische Initiative zurückgehende Aussprache lässt wie in einer Nusschale alle Probleme sichtbar werden, die aus französischer und amerikanischer Sicht als Konsequenz der Ostpolitik entstanden waren, aber auch die unterschiedlichen Reaktionsweisen und Wahrnehmungen dieser beiden Spitzenbeamten.

Arnaud erkannte die „positiven Elemente“ der Ostpolitik durchaus an, die er – wie hätte es anders sein können – auf die Vorbildfunktion der französischen Détente-Politik zurückführte. Was ihn aber weniger freudig stimmte, waren verschiedene Konsequenzen der Ostpolitik, die er für das „vielleicht bedeutsamste Ereignis der europäischen Politik seit dem Krieg“ hielt. Vor allem befürchtete er eine schrittweise Aushöhlung der Vier-Mächte-Rechte und eine Erosion der 1945 in Potsdam und 1954 in Paris festgelegten rechtlichen und politischen Nachkriegsstrukturen. Aufgrund der westdeutschen Öffnung gegenüber dem Osten könne es „in 15 bis 20 Jahren“ zur Wiedervereinigung kommen und zwar zu sowjetischen Bedingungen. Dies müsse verhindert

⁷⁸ Unterredung von Beaumarchais mit dem US-Gesandten Blake 18.11.1969. NARA, RG 59/2081.

⁷⁹ Notiz Brandts 31.1.1970: „Deutsche Ostpolitik erklärt. Dankbar für volle Unterstützung.“ Willy Brandt Archiv im AdSD (WBA) Bundeskanzler 91.

⁸⁰ Markus BERNATH, Wandel ohne Annäherung. Die SPD und Frankreich in der Phase der neuen Ostpolitik 1969-1974, Baden-Baden 2001, S. 107 f.

⁸¹ Memorandum der Mitteleuropa-Abteilung 25.2.1970. AMAE, Allemagne 1540.

⁸² Zur anfänglichen Nervosität von Botschafter Rush vgl. Niedhart (wie Anm. 15) S. 235 f.

⁸³ BAHR (wie Anm. 68) S. 271 f.

⁸⁴ Memorandum Kissingers für Nixon 6.4.1970. Siehe auch Memorandum Sonnenfeldts für Kissinger 26.3.1970. NARA, Nixon, NSC, Country Files Europe (CF) 683.

werden. In der Berlin-Frage gab sich Arnaud einerseits flexibel, wollte aber sicherstellen, dass die Sowjetunion der alleinige Verhandlungspartner im Osten blieb. Den Entwurf der Bundesrepublik für ein Verkehrsabkommen mit der DDR nannte er ein „Unglück“. In Fragen des Zugangs nach Berlin dürfe die DDR keine Aufwertung erfahren. Auch sträubte er sich gegen die in der Schlussphase der Verhandlungen dann durchgesetzte Forderung der Bundesregierung, dass die West-Berliner bundesdeutsche Pässe erhielten.

Hillenbrand zeigte sich in Rechtsfragen pragmatischer und in der politischen Einschätzung wesentlich zuversichtlicher. Er stimmte damit überein, dass die Vier-Mächte-Rechte nicht tangiert werden durften, sah aber auch keine derartige Gefahr. Die Bundesregierung selbst habe deren Respektierung zugesichert und regelmäßige Absprachen der Drei Mächte unter Beteiligung der Bundesrepublik könnten sicherstellen, dass es bei den Verhandlungen mit dem Osten nicht zu handwerklichen Fehlern kommt, die sich ungewollt einschleichen könnten. Hillenbrand vergaß nicht den Versuch zu machen, seinem französischen Gast eine tiefsitzende Furcht zu nehmen: Rapallo sei nicht aktuell. Die Bundesrepublik sei nicht in Gefahr, ihre Westverankerung zu lockern. Im übrigen wurde von amerikanischer Seite auch unterstrichen, dass man etwaige neutralistische Tendenzen nicht passiv hinnehmen müsse. Solange kein Friedensvertrag vorliege, besäßen beide deutsche Staaten nicht die volle Souveränität. Dies klang in französischen Ohren wahrscheinlich angenehmer als Hillenbrands scharfsinnige Analyse der Ostpolitik und ihrer Ziele, bei der er sich auf eine frühere Unterredung mit Bahr berief. Denn er akzeptierte vollständig, dass die Bundesrepublik mittlerweile einen anderen Status einnahm als in den 50er Jahren, als die von Arnaud beschworenen Verträge abgeschlossen worden waren. Die Bundesrepublik stehe einerseits mit ihren Ostverhandlungen unter Zeitdruck, weil die Hallstein-Doktrin ihre Wirksamkeit verliere. Andererseits befinde sie sich in einer Position der politischen und wirtschaftlichen Stärke, von der aus sie der Sowjetunion entgegenkommen und die Nachkriegsrealitäten anerkennen könne. Im Unterschied zur Adenauer-Ära hätten die Westdeutschen keine Angst mehr vor Ostkontakten und einer Unterwanderung des Westens. Ganz im Gegenteil: Durch eine zu erwartende Aufweichung der Fronten zwischen Ost und West würde langsam die Voraussetzung für die Wiedervereinigung geschaffen. Natürlich könne Brandt seine Strategie („his grand design“) nicht offen legen, weil sonst der erste Schritt im Annäherungsprozess mit der Sowjetunion gar nicht erfolgen könnte⁸⁵.

Einen besseren Interpreten der kurzfristigen Funktionen und langfristigen Ziele der Ostpolitik hätte man sich in Bonn nicht wünschen können. Bei aller Vorsicht in der Beurteilung der Lage, die auch Hillenbrand an den Tag legte, war doch deutlich zu spüren, dass er den ostpolitischen Ansatz der sozial-liberalen

⁸⁵ Unterredung zwischen Hillenbrand und Arnaud 6.4.1970. NARA, RG 59/2303.

Regierung für schlüssig und realistisch hielt. Stärker als sein französischer Kollege erwartete er die Vereinbarkeit der bestehenden Rechte der Vier Mächte mit einer noch auszuhandelnden Berlin-Regelung, die in pragmatischer Weise den älteren Rechtszustand ergänzte⁸⁶. Obwohl Arnaud mit seiner strikteren Rechtsauffassung allein blieb, war er mit dem Ergebnis der USA-Reise doch zufrieden⁸⁷. Es dürfte ihm bewusst geworden sein, dass seine Regierung eine enge Handhabung von Rechtspositionen⁸⁸ gegenüber dem flexibleren Vorgehen der USA und der Bundesrepublik nicht behaupten konnte. Dies zeigte sich auch, als es vor der Paraphierung des Moskauer Vertrags nicht gelang, die Maximalvorstellungen der Westmächte durchzusetzen und einen Hinweis auf das Fortbestehen der Vier-Mächte-Rechte im Vertragstext unterzubringen. Die Bundesregierung musste sich mit einer mündlichen Erklärung der Sowjetunion begnügen, über deren genauen Wortlaut die Westmächte vor der Paraphierung des Vertrags nicht informiert waren, die aber letztlich als ausreichend akzeptiert wurde. Die in Washington geführten Beratungen in dieser Frage verdeutlichen, wie sich Frankreich auf den amerikanischen Standpunkt zubewegte⁸⁹. Kissinger umschrieb ihn damit, dass man aus der „Freiheit“, die sich die Deutschen genommen hätten, kein „Drama“ machen wolle⁹⁰.

Hier ist nicht der Ort, die weitere Entwicklung der Ostpolitik bis zum Warschauer Vertrag im Dezember 1970 und der parallel laufenden Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte zu verfolgen. Festzuhalten ist, dass die zwischen Arnaud und Hillenbrand begonnenen Konsultationen fortgesetzt und von Hillenbrand als beispielhaft bezeichnet wurden⁹¹. Beide Seiten hielten nicht mit ihrer Skepsis hinter dem Berg, ob die Sowjetunion wirklich zu Zugeständnissen bereit und die von Bonn geforderte Koppelung von Ostverträgen und Berlin-Regelung durchsetzbar sein werde. Auch Pompidou äußerte seine Zweifel⁹². Auf wenig Begeisterung stieß Brandts Drängen im Dezember 1970, die Berlin-Verhandlungen zu intensivieren und ihnen einen „konferenzähnlichen Charakter“ zu geben⁹³. Die zunächst negative Reaktion hing auch damit zusammen, dass die Erwartungen der Bundesregierung als viel zu optimistisch und ihre Ziele tendenziell als überzogen eingeschätzt wurden, wie Alphanand in Washington unterstrich⁹⁴. Was letztlich aber zählte, war die oben schon erwähnte Entscheidung im Weißen Haus, auf die Bonner Wünsche

⁸⁶ Siehe auch die zusammenfassende Auswertung des amerikanisch-französischen Meinungsaustauschs durch das State Department vom 9.4.1970, die am 10.4.1970 der US-Botschaft in Bonn zuzuging. NARA, RG 59/2285.

⁸⁷ US-Geschäftsträger Blake am 24.4.1970 an State Department über eine Unterredung mit Arnaud vom 20.4.1970. NARA, RG 59/2271.

⁸⁸ Siehe dazu das im Sommer 1970 produzierte ausgedehnte Material in: AMAE, Allemagne 1541.

⁸⁹ Unterredungen Hillenbrands mit Lucet 4.8.1970 und Leprette 20.8.1970. NARA, RG 59/2320 und 2304.

⁹⁰ Kissinger zu Lucet 7.8.1970. AMAE, Allemagne 1542.

⁹¹ Besprechungen Hillenbrands im französischen Außenministerium 5.10.1970 und 28.4.1971. US-Botschaft Paris an State Department 6.10.1970 und 29.4.1971. NARA, RG 59/2287 und 2264.

⁹² Telefongespräch mit Nixon 12.11.1970. NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK 1024.

⁹³ Brandt in gleichlautenden Schreiben an Heath, Nixon und Pompidou 15.12.1970. AAPD 1970, S. 2274. – Vermerk von Raimond 16.12.1970. AN, 5 AG 2/1009.

⁹⁴ Unterredung zwischen Alphanand und Hillenbrand 10.12.1970. NARA, RG 59/2287.

einzugehen, für die kurz vor Weihnachten auch Kanzleramtsminister Ehmke bei einem Blitzbesuch in Washington warb⁹⁵, und die Klärung der Berlin-Frage außerhalb der regulären Vier-Mächte-Verhandlungen voranzutreiben.

Kissinger hatte erkannt, dass Fortschritte in der globalen Détente-Politik auf Supermächtebene nur zu erreichen waren, wenn die Ostpolitik ein Erfolg wurde. Ohne regionale Entspannung in Europa konnte es keinen Interessenausgleich zwischen den USA und der Sowjetunion geben. In Europa aber handelte es sich vor allem um den Gegensatz zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, der die Grenzfrage und die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik betraf. Mit den Verträgen von Moskau und Warschau war die Grenzfrage gelöst. Was es zum Jahreswechsel 1970/71 noch zu regeln galt, war das Berlin-Problem. Anders als Kissinger dies in seinen Memoiren darstellt⁹⁶, war die Berlin-Frage weniger ein Mittel zur Kontrolle der Ostpolitik, sondern ein Hebel der Bundesregierung, um ein Paket schnüren zu können, mit dem nicht nur die Sowjetunion zufrieden war, weil die Nachkriegsgrenzen von Bonn respektiert wurden, sondern auch die Bundesrepublik, weil auch die Sowjetunion zur Anerkennung der Realitäten in Berlin gebracht werden konnte. Amerikanische und deutsche *linkage*-Politik trafen sich an dieser Schnittstelle und ließen die Bundesrepublik für Washington wichtiger werden als Frankreich. Auf der operativen Ebene der europäischen Ost-West-Beziehungen nahm die Bundesrepublik eine Schlüsselstellung ein. Nur sie konnte die deutsche Dimension des Ost-West-Konflikts entschärfen und nur mit ihr war eine Europäisierung der deutschen Frage zu erreichen.

V

Die Aufwertung der Bundesrepublik als Akteur in den Ost-West-Beziehungen war ein Merkmal des allgemeinen Wandels, der die internationale Politik im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren erfasste. Gleichzeitig ist eine deutliche Kontinuität in der Wahrnehmung der deutschen Frage als Problem der Rolle Deutschlands in Europa festzustellen. Die Bundesregierung wurde nicht müde, ihre Bündnisloyalität zu erklären, und sie stellte dies in der Durchführung ihrer Ostpolitik eindeutig unter Beweis. Pompidou zeigte sich überzeugt, Brandt werde „niemals den Westen verraten“⁹⁷. Von Nixon zum „deutschen Problem“ befragt, unterstrich er sein Vertrauen in den Bundeskanzler. Aber bei Brandts Mitarbeitern machte er schon Einschränkungen und hielt darüber hinaus generell Wachsamkeit für geboten, um unliebsame Überraschungen zu vermeiden. Die

⁹⁵ Aufzeichnung Ehmkes vom 23.12.1970 über seine Unterredung mit Kissinger am 21.12.1970. AdsD, Dep. Ehmke 1/HEAA000788..

⁹⁶ KISSINGER (wie Anm. 26) S. 412.

⁹⁷ Pompidou zu Kissinger 21.2.1970 in Paris. NARA, Nixon, NSC, VIP 916.

Ostpolitik könne durchaus Gefahren mit sich bringen, falls die Bundesrepublik in allzu große Abhängigkeit von der Sowjetunion gerate. Für Nixon, der zuvor von Kissinger über das Syndrom Ostpolitik instruiert worden war, stellten sich dieselben Fragen. Aber er kannte auch die Antwort. Er erinnerte seinen französischen Gast daran, dass eine von Anfang an geltende Funktion der NATO unverändert Geltung besaß: die deutsche Frage im allgemeinen und die Bundesrepublik im besonderen unter Kontrolle zu halten. Die Bedrohung aus dem Osten hatte im Vergleich mit 1949 nachgelassen, und die Schwäche Westeuropas war behoben. Aber ein Thema bestand nach wie vor, nämlich das „Problem Deutschland“⁹⁸.

Bei allen Unterschieden im einzelnen, die in der Beurteilung der internationalen Lage zwischen Washington und Paris betont wurden – in einem Punkt bewegte man sich auf derselben Wellenlänge. Die Bundesrepublik war in eine neue formative Phase ihrer Außenpolitik eingetreten, die aus westlicher Sicht einen „nationaleren“ Kurs befürchten ließ⁹⁹. Angesichts des unverändert unterstellten Ziels der Sowjetunion, die Bundesrepublik aus der NATO herauszulösen und sie zu neutralisieren¹⁰⁰, musste alles getan werden, um ihre Westbindung sicherzustellen¹⁰¹. Darüber hinaus war die Eindämmung der Bundesrepublik und die Bewahrung der Sicherheit vor Deutschland auch 25 Jahre nach Kriegsende aktuell. De Gaulle erinnerte bei seinem Treffen mit Nixon an die für Frankreich bittere Geschichte, die von der deutschen Großmacht ausgegangen war, und er wusste auch um die Erinnerung in der Sowjetunion an den Krieg, den Deutschland im Osten als Vernichtungskrieg geführt hatte. Wenn er Anfang 1969 sagte, die sowjetische Führung sei über den Machtzuwachs der beiden deutschen Staaten besorgt, so schwang wohl auch seine eigene Sorge mit. Die damals viel diskutierte Möglichkeit einer Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa dürfe auf keinen Fall durch deutsche Kontingente ausgeglichen werden¹⁰².

Knapp zwei Jahre später wiederholte Pompidou bei seinem Treffen mit Nixon auf den Azoren, das vorrangig der Bewältigung der von den USA ausgelösten internationalen Währungsprobleme galt, was de Gaulle über die sowjetische Wahrnehmung der Bundesrepublik ausgeführt hatte. In erster Linie fühle sich die Sowjetunion von China bedroht. Doch gleich danach rangiere Deutschland, dem alles zuzutrauen sei. Darum wolle Moskau die Bundesrepublik durch ein starkes Frankreich ausbalancieren und dringe auf eine baldige Ratifizierung des

⁹⁸ Unterredung zwischen Nixon und Pompidou 26.2.1970 in Washington. NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK 1024. Vgl. auch COSTIGLIOLA (wie Anm.26) S. 165 f.

⁹⁹ KISSINGER (wie Anm. 26) S. 389.

¹⁰⁰ Dies war ein Dauerthema in französischen Analysen. Siehe etwa Memoranden der Mitteleuropa-Abteilung des Außenministeriums 21.5., 11.6., 16.7., 28.8.1970. AMAE, Allemagne 1540, 1541, 1543. Unterredung von Lucet mit Hillenbrand 3.6.1970. Ibid. 1541.

¹⁰¹ Telefonat Pompidous mit Nixon 12.11.1970. NARA, Nixon, NSC, Pres-HAK 1024.

¹⁰² Unterredungen de Gaulles mit Nixon 28.2., 1.3. und 31.3.1969. Ibid. 1023.

Moskauer Vertrags. Was die Bundesrepublik anging, so stand Pompidou unverändert unter dem Eindruck, die Sowjetunion betreibe die Neutralisierung oder „Finnlandisierung“ Deutschlands. Er stimmte mit Nixon darin überein, dass die Bundesrepublik trotz ihrer unbestrittenen kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen an den Westen schon wegen der ungelösten nationalen Frage immer einem Sog aus dem Osten ausgesetzt sei. Darum müsse weiter auf ihre wirtschaftliche, politische und militärische Einbindung geachtet werden. Ostpolitik war in den Augen Nixons eine „nette Idee“, die sogar einen Nobelpreis einbringe, wie er ironisch anmerkte. Aber politisch sei es gefährlich, alte Freundschaften aufs Spiel zu setzen und nach Partnern Ausschau zu halten, die niemals Freunde sein könnten¹⁰³.

Auch Ende 1971, als kein Zweifel mehr an der Vereinbarkeit von Ostpolitik und Westbindung bestehen konnte, dienten ältere Wahrnehmungsmuster im Umgang mit der deutschen Frage als beständige Grundorientierung. Dieser Befund überrascht kaum, wenn man die allgemein anzutreffende Langlebigkeit von Einstellungsweisen und Fremdbildern in Rechnung stellt. Seit ihrer Gründung war die Einbindung und Eindämmung der Bundesrepublik ein Axiom westlicher Deutschlandpolitik¹⁰⁴, das offenbar nur wenig von seiner Aktualität verloren hatte. Niemand hat es deutlicher gesagt als Kissinger. Bei der Vorbereitung des Treffens mit Pompidou legte er Nixon nahe, dem französischen Staatspräsidenten nicht nur damit zu schmeicheln, Frankreich bilde den Eckstein der amerikanischen Europapolitik, sondern auch zu betonen, dass enge amerikanisch-französische Beziehungen die beste Sicherung gegen die Dynamik der Ostpolitik darstellten¹⁰⁵.

¹⁰³ Unterredung zwischen Nixon und Pompidou am 13.12.1971 auf den Azoren. William BURR (Hg.), *The Kissinger Transcripts. The Top Secret Talks with Beijing and Moscow*, New York 1999, S. 34 ff. Zur Neutralisierungsangst Marie-Pierre REY, Georges Pompidou, *l'Union soviétique et l'Europe*, in: Pompidou (wie Anm. 6) S. 150.

¹⁰⁴ Grundlegend dazu Wolfram F. HANRIEDER, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994*, Paderborn 1995, S. 27 ff.

¹⁰⁵ „You will want to note that the best way to contain German dynamism toward the East is for the US and France to stay in close harmony.“ Memorandum Kissingers für Nixon 10.12.1971. NARA, Nixon, NSC, President's Trip Files 473.